

## Schutz vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung - in Kriegs- und Krisengebieten, in streng patriarchal strukturierten Gesellschaften, aber auch in den Wohnungen Thüringer Familien. Mit dem Gewaltschutzgesetz ist den Frauen zugestanden worden, dass die Verursacher der Gewalt die gemeinsame Wohnung verlassen müssen. Damit wird die Gewalt jedoch nicht ver-hindert. Nach wie vor gilt: Frauen müssen besser vor Gewalt geschützt werden - in Deutschland sowie weltweit.

## DIE LINKE fordert:

Sicherung und Ausbau von Frauenschutzstrukturen in Thüringen, Umsetzung der bundeseinheitlichen Notrufnummer, die für alle Frauen rund um die Uhr erreichbar ist, und die Realisierung des Asylrechts wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung.

## Nicht auf Kosten der Frauen sparen!

Frauen sind die Hauptverliererinnen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie arbeiten am meisten, haben die meisten prekären Jobs, die schlechteren Renten, sind - häufig als Alleinerziehende - am stärksten betroffen von Armut und werden am härtesten von den sozialen Kürzungen getroffen.

### NOCH FRAGEN?



#### Karola Stange

Sprecherin für Gleichstellungs- und Behindertenpolitik

Telefon: 0361 - 377 2307

Email: [stange@die-linke-thl.de](mailto:stange@die-linke-thl.de)

[www.karola-stange.de](http://www.karola-stange.de)

## DIE LINKE fordert:

Mindestlöhne, Verbesserung des Kündigungsschutzes, Reduzierung der Leiharbeit und gleicher Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vom ersten Tag an, Elterngeld auch für Hartz-IV-Empfängerinnen, das Ende der Benachteiligung von in der DDR Geschiedenen und eine gerechte Alterssicherung von Frauen.

## Frauengesundheit

Frauen werden oft anders krank als Männer. Forschung, Medikamente und Behandlungen sind jedoch meist an einem männlichen Normmenschen ausgerichtet. Die Folgen: Herzinfarkte bei Frauen werden oft gar nicht oder zu spät diagnostiziert, Medikamente wirken nicht oder anders als bei Männern, frauenspezifische Krankheiten werden in der Forschung vernachlässigt. Aber auch bei den Beschäftigten im Gesundheitssystem gibt es Benachteiligungen. Zahlreiche Hebammen kämpfen um ihre Existenz, da ihr Einkommen zu gering ist, um die berufsbedingten Ausgaben zu finanzieren.

## DIE LINKE fordert:

- den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Einkommen, sozialem Status, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, körperlichen Beeinträchtigungen und Wohnort
- eine gute Entlohnung von Hebammen, die ihnen erlaubt, ihren Beruf auch in Zukunft auszuüben
- einen regelmäßigen Frauengesundheitsbericht, der besondere Belastungen von Frauen, die medizinischen und pharmazeutischen Angebote sowie Versorgungslücken beleuchtet
- die Berücksichtigung geschlechtsbedingter Unterschiede bei Behandlung und Forschung.

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag  
V.i.S.d.P. Olaf Weichler  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Tel: 0361 3772295; Fax: 0361 3772416  
E-Mail: [fraktion@die-linke-thl.de](mailto:fraktion@die-linke-thl.de)  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

# Frauenrechte jetzt!

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

## Frauenrechte jetzt!

Frauen streiten seit weit über einhundert Jahren aktiv für ihre Rechte. Im 19. Jahrhundert herrschte der Kampf gegen das Verbot politischer Betätigung, gegen Berufsverbote, gegen Lohnklaverei und für das Wahlrecht von Frauen. Ausdruck dieses Kampfes war die Einführung des Internationalen Frauentages im Jahr 1911. Gut hundert Jahre danach haben wir vieles erreicht. Dass Frauen wählen dürfen, ist für deutsche Frauen seit langem normal. Dass sie gewählt werden, kommt auch öfter mal vor. Auch wenn es lange nicht bei allen Posten alltäglich ist. Verbote, Professorin, KFZ-Mechanikerin oder Profisportlerin zu werden, gibt es nicht mehr. Dennoch sind die realen Chancen für Frauen und Männer in dieser Gesellschaft nicht gleich verteilt.

## DIE LINKE fordert:

Das Ende der strukturellen Benachteiligung von Frauen.

## Frauenrechte weltweit!

Der Internationale Frauentag erinnert daran, dass es um Frauenrechte in vielen Teilen der Welt schlecht bestellt ist. DIE LINKE fordert deshalb die Einbindung von Frauen auf allen internationalen Ebenen sowie in Krisen- und Konfliktbewältigungsstrategien sowie mehr Entwicklungshilfe für Frauenprojekte. Die Frage, welche Gelder in welche Länder und Projekte fließen, muss auch davon abhängig gemacht werden, wie die Situation der Frauen vor Ort ist. Der Ausschluss von Mädchen aus Bildungssystemen muss der Vergangenheit angehören. Genitalverstümmelung muss ausgerottet und durch das deutsche Strafrecht verfolgt werden, Flüchtlingsfrauen brauchen eine verlässliche Aufenthaltsgenehmigung.

## DIE LINKE fordert:

Berücksichtigung von Frauenbelangen in Städte- und Länderpartnerschaften.



Demonstration im November 2010 in Kiel  
Foto: Pewe R-mediabase

## Frauenarbeit – besser entlohnen

In der Bundesrepublik wurden im Jahr 2008 bei 56 Mrd. bezahlten Arbeitsstunden 96 Mrd. unbezahlte Stunden – vorwiegend von Frauen – getätigt. In Thüringen erhalten erwerbstätige Frauen die niedrigsten Löhne in der gesamten Bundesrepublik. Während sie in Hamburg 2.959 Euro bekommen, sind es in Thüringen im Durchschnitt lediglich 2.116 Euro – das sind 19 % weniger als im Bundesdurchschnitt. Arbeit muss anders und besser verteilt werden und ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde muss wenigstens die Existenz absichern. Frauenarbeit muss aber grundsätzlich besser entlohnt werden. Nach wie vor erhalten Frauen im Durchschnitt in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen 22 bis 23 Prozent weniger Lohn als Männer, in den

höheren Gehaltsgruppen sogar 27 Prozent. Eine Ursache ist die unterschiedliche Bewertung von weiblicher und männlicher Arbeit. Das muss ein Ende haben. Es gibt keinen Grund mehr, warum die Arbeit an körperlich leicht zu bedienenden Maschinen besser bezahlt werden soll als die Arbeit mit Kindern oder bettlägerigen Pflegebedürftigen.

## DIE LINKE fordert:

Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.

## Frauteilhabe statt Männerquote

Eine andere Arbeitsverteilung heißt auch: das Ende einer Männerquote von 80–100 % bei Theaterintendanten, Filmregisseuren, im Diplomatischen Korps, in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Thüringen ist hier ein „gutes“ Beispiel für die Männerquote. 100 % Intendanten der größeren Theater, 100 % Chefdirigenten resp. Musikdirektoren, 90 % Staatssekretäre, 89 % Hochschulpräsidenten bzw. -rektoren, 89 % Hochschulkanzler (eine Kanzlerin ist kommissarisch), 85 % Professoren. Dabei sind Frauen heute so gut ausgebildet wie nie, haben häufig die besseren Abschlüsse und können ihren hochqualifizierten Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft leisten.

Frauen haben das Recht, nicht länger ausgeschlossen zu werden!

## DIE LINKE fordert:

Umsetzung unseres modernen Gleichstellungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst und mehr Frauen in Führungspositionen, z. B. im Landesdienst und an Hochschulen, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und eine Frauenquote von 50 % für Aufsichtsräte.